

23.08.2022

Antrag

der Fraktion der SPD

Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken!

I. Ausgangslage

Mehr als zwei Jahre Schulbetrieb unter Corona-Bedingungen haben bei allen Beteiligten des Bildungssystems ihre Spuren hinterlassen. Besonders gravierend sind die Folgen jedoch für die psychosoziale Gesundheit der Kinder und Jugendlichen, wie es die COPSY-Längsschnittstudie z.B. für die 7- bis 17-Jährigen zeigt. Die COPSY-Studie ist die erste deutschlandweite repräsentative Studie, welche die psychische Gesundheit und Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen während der Pandemie untersuchte. Fast jedes dritte Kind leidet demnach unter psychischen Auffälligkeiten.¹ Die Ängste und Sorgen der Kinder und Jugendlichen haben im Laufe der Pandemie deutlich zugenommen, ihre Lebensqualität und Gesundheit hat sich nach den Lockdowns auf einem besorgniserregenden Niveau stabilisiert. Im Vergleich zu vor-pandemischen Untersuchungen leiden deutlich mehr junge Menschen unter depressiven Symptomen, Essstörungen oder psychosomatischen Beschwerden, wie Kopf- und Bauchschmerzen. Die COPSY-Studie macht aber auch deutlich, dass Kinder und Jugendliche, die auf beengtem Raum wohnen, sozioökonomisch benachteiligt sind, einen Migrationshintergrund haben, deren Eltern weniger gebildet sind oder unter einer psychischen Erkrankung leiden, besonders hohen psychischen Belastungen durch die Pandemie ausgesetzt zu sein scheinen.² ExpertInnen zufolge ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit psychischen Gesundheitsproblemen in den letzten zwei Jahren von 10 bis 20 Prozent auf 20 bis 25 Prozent gestiegen.³ Eltern und PsychologInnen berichten darüber hinaus über weitere psychosoziale Belastungen, die bei Kindern zu beobachten sind. Bei Kindern zwischen null und zwei Jahren beschreiben Eltern, dass ihre Kinder unruhiger und teilweise weniger gut zu beruhigen, emotional labiler sind und nachts einen unruhigeren Schlaf haben. Dabei ist zu beobachten, dass die psychische Befindlichkeit der Kinder stark mit der der Eltern zusammenhängt und sich eine starke Belastung der Eltern auch auf die Kinder auswirkt. Schulen und Kitas können den Kindern und SchülerInnen dabei helfen, soziale Bindungen einzugehen, die zu einer Verbesserung der psychosozialen Gesundheit führen können. Bildung und psychische Gesundheit müssen deshalb zusammen gedacht werden. Die psychosoziale Gesundheit von Kindern und

¹ <https://www.aerzteblatt.de/archiv/224865/Seelische-Gesundheit-und-Gesundheitsverhalten-von-Kindern-und-Eltern-waehrend-der-COVID-19-Pandemie>

² <https://www.aerzteblatt.de/archiv/225629/Gesundheit-von-Kindern-und-Jugendlichen-in-der-Coronapandemie-Die-Schulschliessungen-waren-fuer-die-meisten-Kinder-toxisch>;

³ Laut WHO ist der Anteil von Depressionen und Angststörungen in der Gesamtbevölkerung im ersten Pandemie-jahr weltweit um 25% gestiegen, vgl. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2022-06/psychische-gesundheit-corona-who>

Jugendlichen muss zukünftig eine elementare Rolle in der Schul- und Bildungspolitik spielen.⁴ Vor diesem Hintergrund gilt es nun, diese wissenschaftlichen Erkenntnisse sowie insbesondere die Ergebnisse der drei Befragungswellen der COPSY-Studie ernst zu nehmen und verlässliche Konzepte zu entwickeln, um insbesondere Kinder und Jugendliche aus Risikofamilien in ihrer psychosozialen Gesundheit zu stärken.

Die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hatte es sich zum Ziel gesetzt, die Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen finanziell zu sichern und zu verbessern. Die vom Ministerium für Schule und Bildung (MSB) am 22. September 2021 veröffentlichte „Richtlinie über die Förderung von Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen“ wird diesem Anspruch jedoch nicht gerecht. Denn die Zuweisung der Mittel erfolgt immer nur für ein Schuljahr. Gleichzeitig läuft das Programm insgesamt auch nur bis zum 31. Juli 2025.⁵ Von einer tatsächlich gesicherten Finanzierung und einer endgültigen Beseitigung von Unsicherheiten im System, von der die ehemalige Schulministerin Yvonne Gebauer in einer Pressemitteilung zur Veröffentlichung der neuen Richtlinie sprach⁶, kann hier also nicht die Rede sein. Ein Vorstandsmitglied der GEW Wuppertal warf der ehemaligen Schulministerin daher sogar „[...] eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit [...]“ vor.⁷

Angesichts der alarmierenden Ergebnisse der COPSY-Studie ist die neue Landesregierung nun gefragt, Maßnahmen zu ergreifen, um die psychosoziale Gesundheit der Kinder und Jugendlichen zu stärken. Vor diesem Hintergrund müssen die Schulsozialarbeit und die Schulpsychologie an den Schulen dauerhaft finanziert und ausgebaut werden. Die von der Vorgängerregierung erlassene Richtlinie zur Förderung der Schulsozialarbeit gilt es zu überarbeiten und SchulsozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen mit einem festen Schlüssel an allen Schulen in Nordrhein-Westfalen einzusetzen. Darüber hinaus müssen auch Gesundheitsfachkräfte an den Schulen beschäftigt werden, die Beratungsstrukturen für die psychosoziale Gesundheit von SchülerInnen und Eltern ausbauen und niedrigschwellig anbieten. Nicht zuletzt braucht es eine Intensivierung von Fortbildungen für Lehr- und Fachkräfte in diesen Bereichen, um sie für den Umgang mit SchülerInnen mit psychosozialen Herausforderungen zu sensibilisieren und zu stärken.

II. Der Landtag stellt fest, dass

- sich die Corona-Pandemie negativ auf die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen ausgewirkt hat;
- von den negativen Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit, Kinder und Jugendliche aus herausfordernden Familienstrukturen stärker betroffen sind;
- die psychische Gesundheit erheblich vom sozioökonomischen Status abhängt;
- es auch auf Landesebene erheblicher Anstrengungen bedarf, um die Lebensqualität junger Menschen wieder deutlich zu verbessern und langfristig zu stabilisieren;

4 <https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/kurzmeldungen/de/wie-belastet-die-corona-pandem-nder-und-jugendliche-psychisch.html>

5 https://www.schulministerium.nrw/system/files/media/document/file/anlage_3_richtlinie_schulsozialarbeit.pdf

6 <https://www.land.nrw/pressemitteilung/ministerin-gebauer-land-startet-heute-ein-neues-kapitel-der-schulsozialarbeit>

7 https://www.wuppertaler-rundschau.de/lokales/schulsozialarbeit-wuppertaler-gew-kritisiert-landesprogramm_aid-64901007

- Kinder und Jugendliche von Investitionen in das soziale und emotionale Lernen profitieren und diese ihr institutionelles Zugehörigkeitsgefühl sowie ihre Resilienz gegen psychische Erkrankungen erheblich stärken können;
- die Maßnahmen der schwarz-gelben Vorgängerregierung nicht ausreichen, um die Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen langfristig finanziell zu sichern und zu verbessern.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Ergebnisse der drei Befragungswellen der COPSY-Studie ernst zu nehmen und daraus schließend, folgende Maßnahmen zu ergreifen:
 - o die vom MSB am 22. September 2021 veröffentlichte „Richtlinie über die Förderung von Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen“ zu überarbeiten und eine langfristige finanzielle Sicherung sowie einen Ausbau der Schulsozialarbeit zu beschließen;
 - o den Einsatz von SchulsozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen mit einem festen Schlüssel an allen Schulen in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen sowie therapeutische und psychiatrische Angebote auszuweiten und vor allem für Risikogruppen niedrigschwellig zugänglich zu machen;
 - o Gesundheitsfachkräfte an den Schulen einzustellen, die Beratungsstrukturen für die psychosoziale Gesundheit der SchülerInnen ausbauen;
 - o passgenaue verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte zu entwickeln, um sie für psychosoziale Bedürfnisse und Herausforderungen von SchülerInnen zu sensibilisieren und sie im Umgang mit diesen zu stärken;
 - o umfassende Präventions- und Heilungsstrategien, die auch kulturelle und sportliche Betätigung umfassen, zu entwickeln;
 - o Kinder- und Jugendarbeit als wesentlichen Teil der Phasen Kindheit und Jugend anzuerkennen und deshalb Maßnahmen zu entwickeln, damit Einrichtungen und Angebote für Kinder und Jugendliche in Krisenzeiten erreichbar bleiben und Kontakte ermöglicht werden;
 - o in einem gemeinsamen Prozess mit PädagogInnen und Sachverständigen ein Konzept zu entwickeln, um die Schulen bestmöglich auf möglichen Distanzunterricht vorzubereiten.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Jochen Ott
Dilek Engin
Dr. Dennis Maelzer
Thorsten Klute

und Fraktion